

Nicht mehr auf der Lohnliste



Markus Peters
über Christian Lindners
berufliche Zukunft

Der ehemalige Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat eine neue Aufgabe gefunden. Neben der bisher schon bekannten Tätigkeit für eine US-Beratungsfirma und dem Sitz in einem Aufsichtsgremium eines bekannten Jobportals in Deutschland will der FDP-Politiker künftig als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei einem großen Autohändler im Osten Deutschlands einsteigen. Angesichts seiner in der Vergangenheit offen zur Schau gestellten Zuneigung zu Sportwagen aus dem Schwäbischen und der bekannten Nähe zur deutschen Automobilindustrie ist das kein Schritt, der überraschend kommt. Im Gegenteil: Manche Wähler könnten bössartigerweise sogar zu der Auffassung gelangen,

Die Bundesregierung dürfte die Tätigkeit wohl genehmigen.

dass eine Position als Gebrauchtwagenhändler Christian Lindner nahezu auf den Leib geschneidert sei.

Trotzdem ist das eine Tätigkeit, die durch die Karenzkommission im Bundeskanzleramt genehmigt werden muss. Im Falle eines Interessenkonflikts kann sie diese für die Dauer von maximal 18 Monaten untersagen. Das allerdings steht nicht zu befürchten, denn die Tätigkeit im Autohandel müsste dafür mit seinem früheren Amt als Finanzminister unvereinbar sein.

Heikler war das Mandat für eine US-Unternehmensberatung, die unter anderem für die italienische Bank Uni-Credit arbeitet. Die will bekanntlich die Mehrheit an der Commerzbank übernehmen. Mit diesem Fall war Lindner als Bundesfinanzminister inhaltlich betraut. Deshalb haben die Prüfer dieses erst nach dem Ablauf einer Frist von einem Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Amt erlaubt.

Ein solcher Interessenkonflikt liegt bei der Tätigkeit im Vorstand eines großen Autohändlers – zuständig für Marketing, Vertrieb und Digitalisierung – aber nicht vor. Deshalb dürfte die Bundesregierung dem ehemaligen FDP-Vorsitzenden die Tätigkeit wohl genehmigen. Das hat auch für die Bürger einen Vorteil, denn damit dürfte Christian Lindner vorzeitig von der Lohnliste der Bundesregierung verschwinden und dem Steuerzahler die Zahlung einer sechsstelligen Summe an Gehalt ersparen.

Denn eines ist klar: Wenn das Beschäftigungsverbot während der Karenzzeit – wie von einigen Lobby-Kontrolleuren gefordert – für Minister und Staatssekretäre vollständig eingehalten werden soll, muss der Staat seine abgewählten Diener auch so lange bezahlen. Das liegt nicht im Interesse der Bürger.

Bericht Seite 5
markus.peters@weser-kurier.de



Harm Bengen Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen

Nicht weniger als eine Zeitenwende



Benjamin Lassiwe
über die Synode der
evangelischen Kirche

Für die Evangelische Kirche ist es eine Zeitenwende. In ihrer am Montag in Dresden vorgestellten Friedensdenkschrift unternimmt die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) eine deutliche Abkehr vom Pazifismus der 70er- und 80er-Jahre: Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verzichten Deutschlands Protestanten auf allzu einfache Lösungen. Sicherheitspolitik dürfe niemals ausschließlich auf militärische Stärke setzen – ganz ohne Waffen, ganz ohne Militär, ganz ohne Bündnispartner geht es aber eben auch nicht.

„Wenn einer unter die Räuber fällt, kann man ihn da nicht liegen lassen“ – mit diesen Worten brachte es eine der bekanntesten deutschen Protestantinnen, die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, in der EKD-Synode auf den Punkt. Oder, wie es in der Denkschrift heißt: „Evangelische Friedensethik verknüpft den Vorrang der Friedentüchtigkeit mit der Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit.“

Man könnte auch sagen, die evangelische Kirche hat etwas gelernt: Um Frieden sicherzustellen, ist es nötig, sich selbst verteidigen zu können – bis hin zu einem gezielten Militäreinsatz, wenn etwa ein Diktator nach Massenvernichtungswaffen strebt. Eine Rück-

blende: Als die USA einst den irakischen Diktator Saddam Hussein angriffen, demonstrierten dagegen noch viele Kirchenvertreter mit Lichterketten auf den Straßen.

Politisch ist die Kirche damit von einer linken, eher pazifistischen Position wieder etwas stärker in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Das entspricht der politischen Situation in Deutschland: Dass es mitten in Europa wieder Krieg gibt, hätte sich vor einem halben Jahrzehnt niemand vorstellen können. Dass die Abschaffung der Wehrpflicht nicht von Dauer sein könnte, war im Moment ihrer Abschaf-

Es ist Aufgabe der Kirche, eine zeitgemäße Orientierung zu bieten.

fung kaum denkbar. Dass deutsche Truppen dauerhaft im Baltikum stationiert sein würden: Das war schlicht unvorstellbar.

Für manche Menschen ist das allerdings heute noch so. Der innerkirchliche Pazifismus, wie er etwa vom Friedensbeauftragten Friedrich Kramer oder der früheren hannoverschen Bischöfin Margot Käßmann vertreten wird, muss mit dem neuen Papier der evangelischen Kirche fremdeln.

Das war schon im Sommer in Hannover deutlich geworden: Damals hielten die Pazifisten ihre eigene Parallelveranstaltung ab. Und eine von Bremer

Christen eingebrachte Resolution, wonach Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten sollte, fand auf dem Protestantentreffen keine Mehrheit mehr. Die Kirche muss an dieser Stelle aufpassen: Denn sie riskiert den Bruch mit treuen Mitgliedern, die ihr Leben lang für Frieden und Abrüstung gekämpft haben.

Doch es ist nun einmal Aufgabe der Kirche, den Menschen auf der Basis ihres Glaubens eine zeitgemäße Orientierung zu bieten. Und eine Kirche, die sich der politischen Realität verweigert, wird das nicht schaffen. Um einmal platte Polemik zu bemühen: Wer von russischen Drohnen angegriffen wird, dem hilft es nicht, wenn er singende eine Kerze anzündet.

Die Welt hat sich verändert, seit die Kirche sich das letzte Mal zu Krieg und Frieden äußerte: Es gibt Drohnen, den Einsatz von künstlicher Intelligenz, es geht um Cyberangriffe und hybride Kriegsführung. Und es geht um neue ethische Fragen: „Wer ist letztverantwortlich, wenn sich eine Waffe selbst ihr Ziel sucht?“ ist nur ein Beispiel für ein Thema, das in Zukunft der Diskussion bedarf.

Mit ihrer neuen Friedensdenkschrift gibt die evangelische Kirche an dieser Stelle zeitgemäße Denkanstöße, die sich auch Menschen zu eigen machen können, die selbst der Kirche gar nicht angehören. Die Protestanten zeigen damit, dass mit ihnen als gesellschaftlichem Akteur auch weiterhin zu rechnen ist – allem Mitgliederschwund zum Trotz.

politik@weser-kurier.de

„Wo das für Präsident Selenskyj endet, ist offen“

Volksstimme
zum Korruptionsverdacht in der Ukraine

Nach offizieller westlicher Sichtweise auf den Ukraine-Konflikt erwehrt sich hier ein demokratischer Staat finsterner russischer Aggressoren. Ein Irrtum, wie der aktuelle Korruptionsskandal beweist. Wo das für Präsident Selenskyj endet, ist offen. Fest steht dagegen: Die Ukraine ist auf dem Weg zu einem Rechtsstaat, aber nicht angekommen. Im Kampf gegen Russland steht das Land indessen mit dem Rücken zur Wand. Die durch alle Zeiten gewohnte Gier der Obrigkeit aber prosperiert und höhlt die Moral von Armee und Volk aus. Tausende junge Ukrainer fliehen – meist nach Deutschland –, um dem Militärdienst zu entgehen. Ihnen ist das Vaterland egal. Die Europäern pumpen weiter Geld und Militärgerät in die Ukraine, das Bollwerk gegen Russland (...). Die EU will im Dezember nun darüber entscheiden, ob eine Aufnahme der Ukraine beschleunigt werden kann. Das sollte man tunlichst lassen.

„In wenigen Jahren kommt die Rechnung“

Frankfurter Allgemeine Zeitung
über die deutsche Rekordverschuldung

Nichts lieben AfD und Co. mehr als versprochene Investitionen, die nie ankommen, kaputte Straßen und eine stockende Wirtschaft. Der Hauptverantwortliche sitzt im Kanzleramt. Friedrich Merz hat die Rekordschulden als Wahlkämpfer ausgeschlossen und sie dann im Schnellverfahren durchgedrückt. (...) Denn anstatt die Milliarden an die richtigen Stellen zu lenken, werden ohnehin geplante Projekte finanziert. (...) In wenigen Jahren kommt die Rechnung. Dann muss der Bund die Schulden bedienen, und Geld für Straßen, Schulen und schnelles Internet wird fehlen. (...) Noch ist es nicht zu spät. Strengere Kriterien fürs Geldausgeben, Monitoring und eine längerfristige Planung können die Sache noch retten. Diesen Rat der Forscher zu ignorieren, wäre fahrlässig. Vom Wirtschaftswunder bleibt dann nur ein Schuldenwunder.

„Es sind solche Vorschläge, die Deutschland jetzt braucht“

Handelsblatt
zum Gutachten der Wirtschaftsweisen

Eine solche Steuerrevolution könnte ein entscheidendes Mittel gegen die Strukturkrise des Standorts sein, hat das Ifo gleich mit errechnet. Natürlich ließe sich eine solche Steuerrevolution nicht von heute auf morgen umsetzen. Grundsätzlich sind es aber genau solche Vorschläge, die Deutschland jetzt braucht.



Katrin Göring-Eckardt während der EKD-Synode in Dresden.

FOTO: PAUL-PHILIPP BRAUN/IMAGO

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Marlinstraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteure: Silke Hellwig (V.i.S.d.P.), Benjamin Piel
Chief vom Dienste: Bastian Angewandt-Eisenbeck • **Art-Direktor:** Franz Berding • **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer
Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Maren Benke, Mathias Sonnenberg • **Leiter Zentralredaktion und Politik:** Thorsten Waterkamp (Stellvertretung) • **Kultur:** Iris Hetscher • **Sport:** Olaf Dorow • **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner
Stadtteile: Antje Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten • **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser • **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller*
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Wolfgang Sembritzki*
Büro Berlin: Markus Peters • **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl
Büro London: Susanne Ebner • **Büro Paris:** Birgit Holzer
Büro Washington: Thomas Spang • *Presseamt Nord GmbH
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 50,90 € einschließlich 7% USt.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 79.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.
Verlag: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abo@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App
Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH